KOMMUNAL SONDERAUSGABE

KOMMUNALE SOMMERGESPRÄCHE 2015

Perspektiven für das Land

Drei intensive Tage mit Analysen, Diskussionen und Impulsen rund um das Thema „Strategien für den ländlichen Raum“.

FORUM 2 **STANDORTSICHERUNG UND INFRASTRUKTUR**

DANN LASST SIE IN FRIEDEN STERBEN

Damit eine Gemeinde überleben kann, braucht es Arbeitsplätze, wie Experte Gerald Mathis in Forum 2 der Kommunalen Sommergespräche ausführte.

Was braucht die Gemeinde im ländlichen Raum, damit sie in Zeiten zunehmender Verstädterung überhaupt eine Überlebenschance hat? Diese zentrale Frage stand im Zentrum des gut besuchten Forums 2 zum Thema „Standortsicherung & Infrastruktur". Die Teilnehmer diskutierten mit dem Vorarlberger Regionalexperten DI Dr. Gerald Mathis vom Institut für Standort-, Regional- und Kommunalentwicklung. Und dessen sechs „Postulate zur Sicherung und Entwicklung des ländlichen Raums" hatten es wahrlich in sich.

Mathis' zentraler Ansatz: Ohne Arbeitsplätze oder Jobs in einer zumutbaren Entfernung zum Wohnort haben Gemeinden im ländlichen Raum seiner Einschätzung nach kaum Überlebenschancen. „Wenn es in einer Region keine Arbeitsplätze in zumutbarer, in auspendelqualitativer Entfernung gibt, so kommt es zwangsläufig zu einer negativen Bevölkerungsentwicklung", sagte Mathis. Und es sei nicht so, dass sich Menschen von vornherein bewusst gegen den ländlichen Raum als Wohnort entscheiden. „Für viele Menschen ist das Leben auf dem Land keinesfalls die zweite Wahl, sondern sie ziehen es entschieden dem urbanen Raum vor. Tatsächlich hat mehr als die Hälfte der österreichischen Bevölkerung ihren Lebensmittelpunkt in einer Gemeinde im ländlichen Raum." Mathis' These: Menschen wollen den ländlichen Raum nicht verlassen, sondern werden dazu gezwungen.

Der Vorarlberger ging noch weiter: Es sei zwingend notwendig, auch im ländlichen Raum aktive Maßnahmen zur Wirtschaftsentwicklung zu setzen. Und wenn dies in einzelnen Regionen nicht gelinge, so Mathis, müssten diese Regionen eben von der öffentlichen Hand aufgegeben werden. Mathis zitierte den Koordinator der Österreichischen Raumordnungskonferenz, Heinz Fassmann: „Wenn dies nicht gelingt, dann darf man das Schrumpfen von ländlichen Regionen nicht länger bekämpfen." Eine Aussage, die ebenso wie Mathis' These, dass die Landwirtschaft Teil des Problems des ländlichen Raums sei, im Publikum heftige Diskussionen hervorrief.

Breitbandtechnologie und Versorgung mit leistungsstarkem Internet bezeichnete Mathis als zentralen Standortfaktor. Ein Thema, das mit dem niederländischen Breitbandfachmann Huub van Ettekoven, Gründer von OpenNet Europe, eingehender diskutiert wurde. OpenNet verfolgt den Ansatz, Gemeinden könnten Glasfaser-Netze auch in genossenschaftlicher Zusammenarbeit errichten. „Die Internet-Nutzer werden so zu Netzeigentümern", erklärte van Ettekoven.

> „Für viele Menschen ist das Leben auf dem Land **keinesfalls zweite Wahl**, sondern sie ziehen es entschieden dem urbanen Raum vor."
>
> **Gerald Mathis,** Regionalexperte aus Vorarlberg

IMPULS

FUNKTIONSFÄHIGE WIRTSCHAFT SICHERT KOMMUNALE ZUKUNFT

Bernhard Felderer, Fiskalratsvorsitzender und ehemaliger Chef des Instituts für Höhere Studien, bezeichnet die Gemeinden als die „diszplinierteste" Ebene. Trotzdem sieht er Handlungsbedarf, um gerade den ländlichen Raum für die Zukunft zu rüsten.

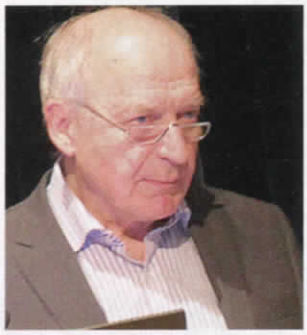
Unter dem Titel „Können wir uns den ländlichen Raum noch leisten?" sprach Bernhard Felderer, Fiskalratsvorsitzender und ehemaliger Chef des Instituts für Höhere Studien, vor den Teilnehmern der zehnten Kommunalen Sommergespräche. Ein sehr diskursiv formulierter Titel, wie Felderer selbst anmerkte. „Von allen Ebenen waren die Gemeinden in den letzten acht Jahren die mit Abstand disziplinier-testen", räumt der Fiskalratsvorsitzende ein. Aber trotzdem sieht er noch Sparpotenzial. „Es geht darum, auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten und trotz gesteigerter Aufgaben handlungs- und gestaltungsfähig zu bleiben", so Felderer.

Kooperation statt Fusion. Dieses Sparpotenzial soll nicht durch weitere Fusionen gehoben werden, sondern durch regionale Kooperationen. Felderer betont: „Es ist wichtig, dass trotz aller Sparmaßnahmen die Identität erhalten bleibt."

> „Es braucht wieder **mehr Freiheit** für die Gemeinden."
>
> **Bernhard Felderer**
> Vorsitzender des Fiskalrats

Auszubauen wären beispielsweise Kooperationen im Personalbereich: „Der Gemeindesekretär könnte für mehrere Gemeinden zuständig sein. Damit könnte man die Gemeindeverwaltung richtig professionalisieren." Bei der Abwasserversorgung oder bei Maschinenparks ortet er bereits weitgehend gute Zusammenarbeit.

Abwanderung durch periphäre Betriebsansiedlungen verringern. Sein größter Kritikpunkt sind aber die fehlenden Investitionen. „In Baden-Württemberg konnte man die Abwanderung nicht stoppen, aber zumindest kontrollieren. Dort haben die Gemeinden mehr Einwohner als vor 40 bis 50 Jahren. Dort wurde aber auch in die Infrastruktur und die Wirtschaft investiert." Felderer plädiert dafür, dass die Gemeinden finanziell handlungsfähig bleiben, um die Projekte finanzieren zu können, die für die Zukunft jeder Gemeinde individuell dringend notwendig



„Wenn es einem Bürgermeister gelingt, dass sich ein großer Industriebetrieb ansiedelt, dann ist die Schlacht schon gewonnen. Das setzt aber voraus, dass **Bürgermeister sehr aktiv werden**."

Bernhard Felderer

sind. „Da braucht es wieder mehr Freiheit für die Gemeinden", so Felderer.

Wesentlich, um die Abwanderung zu stoppen, ist die Ansiedlung von Betrieben. Das können nicht irgendwelche übergeordneten Einheiten, sondern da muss der Bürgermeister schauen, appelliert der Wirtschaftsforscher: „Wenn es einem Bürgermeister gelingt, dass sich ein großer Industriebtrieb ansiedelt, dann ist die Schlacht schon gewonnen. Das setzt aber voraus, dass Bürgermeister sehr aktiv werden."

Groß ist nicht automatisch billiger. In der an diesen Vortrag anschließenden Diskussion plädierte Gemeindebund-Präsident Helmut Mödlhammer dafür, bei den Sparmaßnahmen auch an die anderen Einheiten zu denken. „Ich sage nicht, dass bei uns alles perfekt ist, aber es kommen aus ganz Europa kommunale Delegationen zu uns, um sich unser System erklären zu lassen. Die politische Vertretung in den kleinen Einheiten genießt das höchste Vertrauen. Das bestätigen alle Umfragen." Dass größer nicht gleich billiger heißt, beweist der Blick auf die Anzahl der Gemeindebediensteten pro 1000 Einwohner. In Gemeinden unter 5000 Einwohner liegt diese durchschnittlich bei sieben Mitarbeitern, darüber bereits bei 15.